

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mkt. 1.60, monatlich 58 Pfg. Postzuschlag Mkt. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 177.

Sonntabend, den 1. August 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Klassenstaat.

Das unglückliche Schlesien ist immer von neuem dazu bestimmt, Feudalismus abzulegen von der Unzulänglichkeit des Klassenstaats. Auf weiten Strecken dieses von der Natur mit so reichen Hülfquellen und mit so viel Schönheit ausgestatteten Landes herrscht ein trostloses Elend, das aus der Klassenherrschaft hervorgegangen ist. Die schlesischen Bauern sind von der Junkerschaft ausgeplündert worden, welche den ergiebigen Grund und Boden an sich nahm und den Bauern die „wüsten Hufen“ überließ; die Junker strichen dabei manche Summen ein, wie Wilhelm Wolff, der Freund von Karl Marx, in seiner berühmten Schrift von der „schlesischen Million“ ausgerechnet hat. Die Textilindustrie, die einen großen Theil der Bevölkerung beschäftigt, hat ein Ausbeutungssystem der Arbeitskräfte organisiert, das zu eben so schlimmen oder noch schlimmeren Zuständen geführt hat, wie im sächsischen Erzgebirge, Zustände, die in ihrer erschütternden Wahrheit in dem bekannten Hauptmannschen Drama „Die Weber“ auf den Brettern der bürgerlichen Welt vor Augen geführt worden sind. Diese Bevölkerung, ausgepreßt und ausgehungert, ist schon häufig das Opfer verheerender Seuchen gewesen; der Flecktyphus resp. Hungertyphus hat da schon öfter gewüthet. Bei der geringen körperlichen Widerstandsfähigkeit der schlecht genährten Menschen sind ihm diese in unerhörter Zahl zum Opfer gefallen. Eine rechtzeitige und ausreichende Hilfe ist vom Staate niemals geleistet worden, trotzdem noch jedesmal dringend dazu aufgefordert worden ist; bei den Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus kam es sogar einmal vor, daß die ultramontanen Vertreter von Oberschlesien die Sorge um den geistlichen Beistand für die Opfer des Typhus in die erste Linie stellten, so daß Birchow damals entrüstet betonen mußte, es handle sich in erster Linie nicht um Sterbefälle, sondern um Lebensmittel.

Aber die Seuchen sind es nicht allein, von denen das Land heimgeheftet worden ist; auch eine Wassernoth ist über diese Provinz gekommen, hat ungeheure Verheerungen angerichtet, Wohlhabende an den Bettelstab gebracht, Arme in das äußerste Elend versetzt, viel Kulturarbeit zerstört und einen ausgebeuteten Nothstand geschaffen, bei dem eine Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit vollkommen bewußt ist, sofort hätte einschreiten müssen. Aber was geschah? Die Regierung überließ die Sache anfangs der privaten Hilfe, die bekanntlich in solchen Fällen ein Tropfen auf einen heißen Stein ist. Das war auch manchem Deutschen, der sonst gewohnt ist, sich in den Schatzkellern der Lobbyität zu hüllen, zu viel; man zeigte sich entrüstet und machte die Regierung darauf aufmerksam, wo vorbeugende Maßregeln verabsäumt worden seien. Wollte doch die Regierung sogar die Desinfektionsarbeiten der Privatwohlfähigkeit überlassen. Das letztere ist allerdings das Stärkste, was in solchen Dingen bisher geschah, denn nicht nur läßt der angerichtete Schaden in die Millionen hinein, sondern aus den Verwundungen ergiebt sich auch eine dringende Gefahr, daß sich Seuchenherde bilden, und daß die Provinz gleich nach dem ersten Unglück von einem zweiten größeren heimgeheftet wird. Tausende von Menschen sehen dem Hunger, dem Untergang, dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegen, und da will man erst „prüfen“, „untersuchen“ und „feststellen“!

Denn wohl gemerkt, die Regierung hat zwar dann unter dem Druck der öffentlichen Meinung 10 Millionen bewilligt, aber davon soll vorläufig nur eine Million flüßig gemacht werden. Die Sache soll untersucht und es soll festgestellt werden, wieviel die Provinz aus eigenen Mitteln aufbringen kann. Und da hat jetzt die ministerielle Korrespondenz den Muth zu behaupten, die Regierung habe alles gethan, was zu thun gewesen sei, ein Wortwort könne ihr nicht gemacht werden. Es handele sich um Naturereignisse, gegenüber denen das menschliche Können machtlos sei. Wolffs Bureau besetzte sich, diese Erklärung in alle Welt zu telegraphiren und so konnte man sie dieser Tage in jedem gutgefinnten preussischen Kreis-, Lokal- und Generalanzeiger lesen.

Der Spießbürger mag an das Märchen von der menschlichen Ohnmacht glauben, die Sachverständigen wissen es besser. Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist nachgewiesen, daß das ganze bisherige System der Fuhrwirtschaft verkehrt ist, daß trotz seiner fortgesetzt hohen Kosten die Hochwassergefahr nicht beseitigt, nicht einmal verringert wird, daß vielmehr trotz Deichen, Flußkorrekturen und Baggerungen das bekämpfte Uebel immer wieder wachsen muß. Sie haben in einer auch für den Laien überzeugenden Weise nachgewiesen, wie dem Uebel begegnet werden kann. Aber die Wasserbau-Bureauraten gehen ihren alten Trotz weiter, solange sie vom Landtage die Mittel zur Fortführung dieser verkehrten Wirtschaft alljährlich von neuem bewilligt erhalten.

So grauenvoll uns auch das Elend unserer unglücklichen

Volksgeossen in Schlesien anmüthet — wir sind keineswegs erstaunt über solche Erscheinungen. Vinderung menschlichen Elends gehört eben nicht zu den ersten Zwecken und Zielen des Klassenstaats und das zeigt sich bei solchen Gelegenheiten immer am deutlichsten. Die Proletarierkrankheit, die alljährlich ihren fürchterlichen Todeszug durch das Reich hält, ist gewiß auch ein Unglück, das mit aller Macht und mit allen menschenmöglichen Mitteln bekämpft werden mußte. Aber man überläßt diesen Kampf ja auch der privaten Fürsorge und Graf Posadowsky mußte vor dem Reichstage mit Beschämung erklären, daß das Reich für die Lungenheilstätten nur einen lächerlich geringen Beitrag liefern könne, weil es — kein Geld habe. Da haben wir die alte Geschichte — der Militarismus zu Wasser und zu Lande verschlingt nachgerade so viel und steigert seine Forderungen in so maßloser Weise, daß nicht einmal in den dringenden Fällen mehr Mittel für Zwecke der Kultur und der Menschlichkeit aufgebracht werden können.

Dazu kommt noch, daß wir im Reich eine eigene Behörde haben, die sich mit diesen Angelegenheiten befassen sollte, weil sie eben zu diesem Zweck eingesetzt ist. Wenn es sich um Aufräumungs- und Desinfektionsarbeiten handelt, damit dem Entstehen und Umsichgreifen mördertödtlicher Seuchen vorgebeugt wird, wer hätte da einzugreifen, als das Reichsgesundheitsamt? In einem konstitutionellen Staate müßte diese wichtige Behörde dafür verantwortlich sein, daß alles geschieht, was geschehen kann, um solchen Gefahren vorzubeugen. Aber da kommen wir wieder einmal auf eine alte traurige Geschichte. Das Deutsche Reich und Preußen sind eben Staatswesen, in denen Militarismus und Bureaucratismus die Hauptsache sind, und bei gewissen Elementen ist eben das Volk nur dazu da, um dem Militarismus, dem Bureaucratismus und nicht zuletzt dem Kapitalismus als Objekt zu dienen. In einem solchen Milieu bleiben diejenigen Institutionen, die für allgemeine Kulturzwecke bestimmt sind, stets schwächliche und kränkelnde Pflänzchen. Das Reichsgesundheitsamt, das dem Land und dem Volk so eminent nützlich werden könnte, das wichtiger für die Entwicklung und Kräftigung unseres vom harten Kampf ums Dasein erschöpften Volkes ist, als tausend wohlarmierte Panzerschiffe, dies wichtige Amt hat leider keinen Einfluß und keine Mittel. Es sind ihm vom Etat des Reichsamts des Innern nur etwas über 600 000 Mkt. überwiesen. Mit diesen Mitteln kann die Gesundheitspflege eines Volkes von beinahe 60 Millionen Köpfen nicht überwacht, organisiert und gefördert werden. Es ist sehr bezeichnend, daß das Kolonialamt mit seiner Fürsorge für afrikanische, asiatische, und australische Schutzgebiete 100 000 Mkt. mehr zur Verfügung hat, als das Gesundheitsamt für das Deutsche Reich.

Alle diese Dinge sind nicht neu und werden auch so bald nicht anders werden. Sie sind auch nur ein Stück Abwirthschaftung der bürgerlichen Gesellschaft, die immer mehr auf die große schiefe Ebene geräth. Man fühlt es, daß die eingeschlagene Bahn zum Unheil führt, und doch kann man nicht aus derselben heraus, weil man sich selbst in die große Zwischmühle gebracht hat; die bürgerliche Gesellschaft muß auf eben dieser unheilvollen Bahn fortschreiten oder abtanzen. Aus dem Entrüstungsschrei der bürgerlichen Presse läßt sich die Empfindung gewinnen, als habe man dort eine dunkle Ahnung von dieser Dingen. Das wird natürlich nicht hindern, daß bei der nächsten Gelegenheit, wenn die Reueforderungen für Heer und Marine kommen, wieder die Sozialdemokraten, welche ernsthaft den Militarismus bekämpfen und welche die Erträge der Arbeit unseres Volkes zu Kulturzwecken verwenden wissen wollen, von den bürgerlichen Parteien als „vaterlandslos“ und als „Freunde des Auslandes“ bezeichnet werden.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die bis ins hohe Alter geisterte Existenz der deutschen Arbeiter kann nicht befönder ironisirt werden, als indem wir folgenden, dem „Vorwärts“ vorgelegten Beschluß des Kreis Ausschusses zu Gräb abdrucken:

Der Kreis Ausschuss.

J.-B. 929/03 Kt.

Gräb, den 14. Mai 1903.

Es wird gebeten, in der Antwort vorstehende Nummer anzugeben.

Beschluß.

In der Armenpflege-Beschwerdesache des Todtengräbers Stanislaus Scopka in Niepruschewo wider den Ortsarmen-Vorband daselbst hat der Kreis Ausschuss des Kreises Gräb in seiner heutigen Sitzung:

in Erwägung,

daß der 56 jährige Beschwerdeführer zwar vor 22 Jahre die rechte Hand verloren hat, daß er aber infolge Gewöhnung (!) sogar schwere Arbeiten wie Mähen, Holzspalten, Kartoffelausgraben verrichten kann,

in Erwägung,

daß er als Todtengräber jährlich etwas über 70

Mark verdient, außerdem Hülfsarbeiter ist und sich gelegentlich mit Fischfang beschäftigt.

In Erwägung, daß seine 46 jährige Ehefrau und die im Haushalte befindlichen Kinder im Alter von 18 und 16 Jahren gesund und rüstig sind und auf Arbeit gehen, während nur noch ein erwerbsunfähiges Kind von 10 Jahren im Haushalt ist,

in Erwägung, daß hiernach keine Veranlassung vorliegt, die öffentliche Armenpflege eintreten oder weiter bestehen zu lassen, beschlossen, die eingelegte Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen.

Dieser Beschluß ist endgültig.

Der Kreis Ausschuss. gez. Volke.

Dieser von sozialem Empfinden geradezu tiefende Beschluß bedarf keiner kritischen Bemerkungen; er spricht für sich selbst.

Neues Gewehr in Sicht? Wie die „Berl. Neue Nachr.“ melden, werden seit einiger Zeit Versuche mit einer neuen Gewehrmunition gemacht. Auch das dazu gehörige Gewehr ist gegen das bisherige verändert. Die Neuerungen sollen demnach von einem Garde Regiment, das zu diesem Zweck mit dem umgeänderten Gewehr und den Patronen ausgerüstet wird, erprobt werden. Sie ermöglichen, wie es heißt, beim Kernschuß bei gleicher Treffsicherheit eine erheblich weitere Entfernung als bisher. Michal darf wieder zahlen.

Die Leutenoth der Agrarier. Herr Gamp und seine agrarischen Kollegen wissen bekanntlich nicht genug Böses über die Leutenoth im Allgemeinen und die Kontraktbrüchigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter im Besonderen zu sagen. Schade nur, daß wieder einmal des Fehlers letzte Ursache bei den Anklägern selbst liegt. Darüber belehrt uns die nach dieser Richtung noch nicht genügend gewürdigte Fählung der beschäftigungslosen Arbeitnehmer am 14. Juni und 2. Dezember 1895. Gezählt wurden am 14. Juni überhaupt im Hauptberuf beschäftigte Tagelöhner, Knechte und Mägde in der Zahl von 3 547 057 Personen. Beschäftigungslos waren an demselben Tage 33 527 Personen, also jede 106. Person, davon etwa 50 Prozent vorübergehender Arbeitsunfähigkeit. Das sind an sich günstige Verhältnisse, wenn es allerdings in einem Berufszweige, der fortwährend über Mangel an Arbeitskräften klagt, überhaupt keine Arbeitslosigkeit „aus andern Gründen“, wie die Statistik sagt, geben sollte. Doch der hinkende Bote kommt nach. Am 2. Dezember desselben Jahres war jeder 18. landwirtschaftliche Arbeiter ohne Beschäftigung, darunter nur der sechste Theil „wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit“. Die Zahl der „aus andern Gründen“, d. h. auf gut deutsch wegen mangelnder Arbeitsgelegenheit stellenlosen landwirtschaftlichen Arbeiter ist vom Sommer bis in den Winter von 16 033 auf 151 184 gewachsen, hat sich also mehr als verdreifacht. Diese Gruppe von Arbeitern war im Bergbau, Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen von 92 856 auf 267 973 gestiegen, hatte sich also noch nicht verdreifacht, im Handel und Verkehr von 22 199 auf 35 895, also nur eine Steigerung um die Hälfte. Erwähnt sei ferner noch, daß die Landwirtschaft eine auffallende Neigung zeigt, Arbeiter im Alter von 50—70 Jahren „abzustößen“. Leute in diesem Alter werden allerdings im Frühjahr von selber wieder kommen, um Arbeit auf dem Lande zu suchen, da sie bei ihren verbrauchten Körperkräften anderswo nur schwer Beschäftigung finden. Anders liegt die Sache bei jüngeren Arbeitskräften. Diese suchen den „patriarchalischen“ Arbeitsverhältnissen nach Möglichkeit zu entziehen. Wer, außer den Agrariern, wollte ihnen das auch verargen? Ein Arbeiter mit einigermaßen entwickeltem Selbstbewußtsein wird keine Neigung zeigen, sich den bekannnten Formen der Arbeitshörigkeit auf den östlichen Junkerdomänen zu beugen.

Um die Sozialdemokraten los zu werden, hat der Magistrat von Halle a. S. ein einfaches Mittel entdeckt. Nach einer Mittheilung der Berliner „Volksztg.“ beschloß der Magistrat, mit Genehmigung des Bezirks Ausschusses für die Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse die Eintheilung in Einzelwahlbezirke aufzuheben und auch Vertreter dieser Abtheilung durch die Wählerschaft der ganzen Stadt wählen zu lassen, wodurch in Zukunft Wahlstege der Sozialdemokraten ausgeschlossen erscheinen. Das ist „bürgerliche Gerechtigkeit“. Die Tausende von Arbeitern sollen in die Stadtverwaltung nichts hinein-zureden haben.

Erhebungen über eine Verbilligung und Beschleunigung des amtsgerichtlichen Verfahrens bei Lohnstreitigkeiten sollen zur Zeit ange stellt werden. So berichtet die „Köln. Bzg.“ in einem Artikel, der sich gegen die geplanten Kaufmannsgerichte wendet und den Standpunkt des engherzigsten Unternehmertums vertritt. Hoffentlich läßt sich der Reichstag, wenn er sich mit der Materie zu befassen haben wird, nicht durch solchen Abber einfangen.

Badische Stadtbrettung. Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat das Bezirksamt in Konstanz unsern Genossen, den aus Ungarn gebürtigen Schlosser Paul Schleifinger dauernd aus Baden ausgewiesen. — Im „liberalen Vöndle“ scheint man preußische Briefe gefunden zu haben.

Der 19. Rheinische Handwerkerstag, der am 26. Juli in Guskirchen stattfand, hat einige Beschlüsse gefasst, die von neuem beweisen, daß die Zünftler immer noch von dem Bestreben geleitet werden, das Handwerk in mittelalterliche Fesseln zu schlagen. Auf Antrag des Abgeordneten Euler, der dem Zentrum angehört, haben sie wieder einen Beschluß gefaßt, der erklärt, daß die Erhaltung des Handwerks von der Einführung der obligatorischen Zunft und des Befähigungsnachweises abhängig sei. Da sie in diesem Sinne der Einigkeit nicht verschließen können, daß die Forderung ansichtslos ist, haben sie in einem zweiten Beschluß ihre Zustimmung zu dem kurz vor Schluß der letzten Reichstagsession vom Zentrum eingebrachten Antrag ausgesprochen, nach dem für den Betrieb der Bauhandwerker die Meisterprüfung vorgegeschrieben und die Ausbildung von Lehrlingen ganz allgemein nur solchen Personen gestattet werden soll, die den Meistertitel zu führen berechtigt sind. Endlich haben sie auch noch beschlossen, daß der § 131 der Gewerbeordnung folgenden Zusatz erhalten müsse: „Als Geselle in einem handwerksmäßigen Berufe darf nur derjenige beschäftigt werden, der seine Gesellenprüfung in diesem Berufe bestanden hat, oder wer nachweist, daß er auf Grund der Uebergangsbestimmungen zur Abiegung der Gesellenprüfung nicht verpflichtet war.“ — Mit solchen Rückständigkeit wird das Handwerk schwerlich den verlorenen „goldenen Boden“ wiederfinden.

Die Verantwortlichkeit des verantwortlichen Redaktors ist vom Landgericht Reuthe (Oberstl.) in einem Urtheil vom 22. Mai auf eigenartige Weise festgestellt worden. Es handelte sich um eine Anklage wegen Beleidigung des katholischen Pfarrers Düssel durch einen am 9. November v. J. erschienenen Artikel des radikalpolnischen Blattes „Sornoslagaz“ in Katowitz. Neben dem Redakteur Komalczak war an diesem Blatte der Redakteur Johann Bednarski thätig, dieser als verantwortlicher. Obwohl nun B. nachgewiesen hat, daß er zur Zeit des Erscheins des Artikels gar nicht im Redaktionsbureau thätig war und auch an der Redaktion sich nicht betheiligte, ist er doch vom Landgericht für schuldig befunden und zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden. In dem Urtheile heißt es: Die Tendenz des Blattes ist gegen die deutschen katholischen Geistlichen gerichtet. Der Angeklagte Bednarski ist schon zweimal wegen Beleidigung solcher Geistlicher zu längeren Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Am 6. November lag er seiner Redaktionsthätigkeit noch ob. Er wußte, daß ein Auschnitt aus der „Oberloessischen Volkszeitung“, enthaltend ein Eingeladene des Pfarrers Düssel, in dem Tage lag, in welchem der Stoff zu Kampfarbeit aufbewahrt wurde. Um die Aufnahme eines solchen Artikels nicht zu verhindern, hielt er sich am 7. November, an welchem Tage er einen Termin wahrzunehmen hatte, von der Redaktion fern, blieb auch ausnahmsweise den ganzen Tag und die folgende Nacht von Hause fern. Am folgenden Tage, einem Sonnabend, kam er erst in die Redaktion, als der Druck bereits vollendet und der beleidigende Artikel bereits erschienen war. Er hat sich also absichtlich von der Redaktion ferngehalten, um den, wie er vermuthete, beleidigenden Inhalt des fraglichen Artikels nicht kennen zu lernen. Es ist deshalb angenommen worden, daß er mit dem Dolus eventualis gehandelt hat. In seiner Revision bestritt der Angeklagte, sich einer Beleidigung schuldig gemacht zu haben. Er habe jener am Sonntag in der Redaktion seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß man in seiner Abwesenheit einen solchen beleidigenden Artikel veröffentlicht habe. Das Landgericht verwurft Dienstag die Revision als unbegründet, da der Content des Urtheils ausdrücklich festgestellt sei. — Wir befürchten, daß die deutsche Justiz mit ihrem dolus eventualis den Polen gegenüber dieselben Erfahrungen machen wird, wie gegenüber den Sozialdemokraten. Bei derartigen Urtheilsprüchungen werden ja die Spatzen alle gleich behandelt.

Ein neuer Sensationsprozess wird nach Beendigung der Gerichtsferien entweder vor das Schöffengericht oder der Staatsanwaltschaft in Berlin verhandelt werden. Die Anklage richtet sich gegen den Gerichtsschreiber Boganz und Genossen. Boganz wird des wiederholten Verbrechens im Amte beschuldigt, die Aktenunterlagen, hauptsächlich Urtheile in angelegten Schlägen, seinen ihm Hilfe geleistet haben. Der Hauptangeklagte hat keine schweren Verurtheilungen in der Vergangenheit eingestanden und er hat eine langjährige Zuchthausstrafe zu erwarten. Er soll aus dem Jahr zur Verhängung stehenden Akten des Angeklagten von den von Gericht geschickten oder in Auftrag genommenen Aktenführern gegen hohe Summen Kenntnis gegeben haben. In einem Jahre sollen die ihm gemachten Zusammenfassungen des Jahres von 20000 Mark überliefert haben. Boganz hat sich die ganze Summe dem Aktenführer gemeldet. Seine Ehefrau wurde vor einigen Wochen ebenfalls in Haft genommen. Nach dem Urtheile befindet sich noch der frühere Haupt-Aktenführer H. in Haft, der durch den Gerichtsschreiber Boganz angeklagt haben soll, seine Dienstverrichtungen in der geschickten Weise zu unterstützen. Ein weiterer Beschuldigter, der Kaufmann Gornitz, hat sich im Untersuchungsgefängnis erkündigt. Nach der jüngeren Rechtsprechung sind jetzt Untersuchungsgefängnisse in der Sache beschuldigter; er wurde ebenfalls in Haft genommen, aber gegen eine Kaution von 15000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt. Weitere Angeklagte sind ein Director F. und ein Journalist H., wobei insbesondere letzter Verurtheilung auf der Anklagebank erscheinen werden. Es wurde früher angenommen, daß Boganz auch dem wegen Raubers verurtheilten Kaufmann Richter gegen Urtheile verbotene Dienste geleistet habe; die nach dieser Richtung hin ermittelten Verbindlichkeiten sind aber nicht für ausreichend befunden worden. Gegenwärtig haben sich genügende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Boganz und der in letzter Zeit wegen Unterschlagung häufig genannter Herr Geh. Kommerzienrath Zimmermann, der nach dem Urtheile aufgegebenen H. Beziehungen unterhalten hat. Die Rechtsprechung soll möglichst eingehende Enthüllungen und Heberausgrabungen bringen.

Es wird fortgeschossen! In Gießen fand am Mittwoch Morgen zwischen Studenten ein Pistolenduell statt. Einer der Gegner wurde unglücklich verlegt. Königsberger Blätter berichten über ein Duell, das bei Südbitten Platzgefunden hat. Die Duellanten waren lurländische Edelleute und nahe verschwägert. Beim zweiten Kugelschlag wurde der ältere, ein in der Mitte der Sechziger stehender Mann, von seinem Gegner im Unterleib schwer verlegt.

Kleine politische Nachrichten. Die tragikomische Trauungsgeschichte des großpolnischen Reichstagsabgeordneten Korjanty scheint jetzt endlich zum Abschluß zu kommen. Aus Katowitz meldet man: Die Krakauer Geistlichkeit verlangt von Korjanty als Voraussetzung für seine kirchliche Trauung, daß die Braut mindestens 6 Wochen im Krakauer Pfarrprätorat anständig gewesen sein muß. Da diese Voraussetzung erfüllt wird, findet Korjantys kirchliche Trauung Mitte August in Krakau statt. — Dem Vorsitzenden des Bundes deutscher Bodenreformer, Adolf Damaschke, ist zu Gunsten des Verbandes eine erhebliche Erbschaft zugefallen. Sie besteht in einem großen Viehhause im Westen Berlins. Das werthvolle Vermächtniß ist dazu bestimmt, die Ideen des Vereins soweit wie möglich in die Praxis zu übertragen und auf diese Weise agitatorisch zu wirken. Es scheint jedoch, als ob sich der Abwidlung und Uebergabe der Erbschaft noch einige Schwierigkeiten entgegenstellen. — Im badischen Eisenbahnrath wurde mitgetheilt, daß in Baden die 1. Wagenklasse in sämtlichen Personenzügen abgeschafft werden soll. — Leutnant von Schrader vom Infanterieregiment Nr. 27 in Halberstadt war wegen Mißhandlung Untergebener, wodurch das Leben gefährdet war, angeklagt. Er wurde vom Kriegsgericht in Magdeburg in einer natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung wegen wiederholter Mißhandlung der Dienstvorschriften zu 2 Monaten und 3 Tagen Festung verurtheilt. — Wegen jahrelanger Tödtung verurtheilte das Kriegsgericht in Münster i. W. den Meiservischen Stork aus Laderbergen, der bei einer Uebung aus Unvorsichtigkeit seinen Vordermann mit einer Flaspistone erschoss, zu 4 Tagen Gefängnis. — Aus Mazedonien in Oessa eingetroffene Passagiere berichten, daß die Lage in Mazedonien nach wie vor eine äußerst ernste und erregte ist. Die Mehrzahl der Mazedonier sind der Ansicht, daß nach Einbringung der Ernte eine allgemeine bewaffnete Erhebung gegen die Türken beginnen wird.

Finland. Das russische Kadettenkorps ist jetzt kurzer Hand auf Befehl des Zaren aufgelöst worden, nachdem kürzlich bereits der Kommandant und die russischen Instrukteure abgesetzt worden waren. Die Kadetten erhielten einfach den Befehl, ihre weitere Ausbildung in russischen Kadettenanstalten zu erwerben.

Rußland. Soziale Gährung in Südrußland. Im Süden des gewaltigen Zarenreichs befindet sich die Arbeiterkaste wieder in allgemeiner Gährung. In der Fabrik der Firma Walthuch und der einer französischen Gesellschaft in Obeffa mit 300 bezw. 350 Arbeitern ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhung und Beschränkung der Arbeitszeit. Auch der Straßenbahnverkehr ist auf allen Linien wegen eines Ausstandes der Führer und Konduktoren eingestellt worden, die sich vor den Waggonparks auf die Schienen legten, um den Ausgang zu verstopfen. Sonst wurde die Ruhe nicht gestört. Eine Verpändigung konnte bisher nicht erzielt werden. Bedenktlicher als in Obeffa scheint die Lage bei und in Tiflis zu sein, wo denn auch dem Kleinbäuerlichen schon eine Anzahl Arbeiterleben zum Opfer gefallen sind. Der amtlich geschriebenen „Russischen Telegraphen-Agentur“ wird aus Tiflis vom 28. Juli gemeldet: Auf der Station Michailowa, 112 Werst von hier, an der Straße von Tiflis nach Batum, hatten die Arbeiter die Arbeit ein und führten „Unruhen“ herbei, indem sie einen Güterzug aufhielten. Der Aufforderung der Eisenbahnschicksler, der Polizei und des Chefs des Militärkommandos, auseinander zu gehen, folgte die Menge nicht. Als sie darauf einen aus Berichom kommenden Zug anzuhalten suchten, rüde ein 40 Mann starkes Kommando nach mehrmaliger Warnung gegen die Menge vor, welche die Soldaten mit Steinhagel und einigen Revolvergeschüssen empfing. Da erfolgte das Kommando „Feuer!“ 10 Arbeiter sind todt, 18 verwundet. „Darauf trat Ruhe ein“, heißt es lauten. Der Verkehr wurde wiederhergestellt. In Tiflis selbst sind seit einigen Tagen die Handlungsdiener, die Fleisch- und die Seher der Ortswirtschaften, die auch die Seher der übrigen Firmen zur Niederlegung der Arbeit zwingen, ausständig. Drei Tage erschien keine Zeitung, außer in Rawkas. Mittwoch wurde wieder gearbeitet. Am 27. Juli traten auch die Führer und Konduktoren der Straßenbahn in den Aufstand; der eine zeitlang unterbrochene Verkehr wurde durch Soldaten wieder hergestellt. Auf die Eisenbahnarbeiter legten die Arbeit nieder, doch wurde der Bahnverkehr nicht gestört, der Bahnhof war militärisch besetzt. Die anständigen Arbeiter nahmen nach Einigung mit ihren Brodherren die Arbeit wieder auf. Während der ganzen Zeit kamen nur geringe Zusammenkünfte vor, die Stadt trägt das gewöhnliche Gepräge.

Oesterreich-Ungarn. Die hürnische Dauerführung des ungarischen Abgeordnetenhauses am Mittwoch schloß zu guter Letzt nach mit einem Quasistat ab. Zehn Minuten vor Mitternacht wurde die öffentliche Sitzung wieder eröffnet. Der Abgeordnete Polozhi erklärte das Vorgehen der Regierung für ungesetzlich; dieselbe treibe damit das Land in die Revolution. Da im übrigen Mitternacht vorüber sei, so sei auch diese Sitzung ungesetzlich, und die Opposition könne an derselben nicht theilnehmen. Hierauf erhob sich die gesammte Opposition und verließ unter Abzügen der Nationalhymne den Saal. Die Mehrheit brach in Händelstößen aus. Nachdem die Beschäftigung des Hauses festgestellt war, wurde der Antrag des Ministerpräsidenten, über die Judenpolitik zu verhandeln, um 1 Uhr nachts angenommen. Die nächste Sitzung findet Freitag statt. Vor dem Parlament fanden seitens einer großen Menschenmenge Demonstrationen statt. — Wie weiter aus Budapest noch verhandelt, hat der Staatsanwalt bereits einen Prozess wegen Verleumdung der Regierung gegen den ehemaligen Abgeordneten Dienes

angestrengt, welcher dem Abg. Jostan Papp 12 000 Kr. gegen das Versprechen der Abreise eingehändigt hatte. Dienes stellt übrigens in einer öffentlichen Erklärung in Abrede, Papp das Geld zum Zwecke einer Bestechung übergeben zu haben; weitere Enthüllungen will er aber erst vor der parlamentarischen Untersuchungskommission machen. Soweit bisher nach der „Zef. Stg.“ ermittelt werden konnte, bestand das Bestechungsgeld, das Dienes Papp gab, ursprünglich in zwei Sparkassenbüchern, die auf den Namen Emerich Ritter lauteten. Dieser Ritter ist Gutsherr des Gouvernements von Fünne; dieser, Graf Ladislaus Szapary, leugnet aber, von der Sache etwas zu wissen. Ebenso leugnet Rebakter Singer, daß er bei dem Blatte „Magyar Orszag“ eine Bestechung verübt habe. Dienes, der erst vor kurzem seine Stelle als Redakteur verloren und in schlechten Verhältnissen war, versüßte in den letzten Tagen über viel Geld und, wie „Egypertes“ meldet, noch Mittwoch Nacht Zeit, mit dem Expresszug wegzufahren. — Der in der Dauerführung vom Mittwoch entstandene Ehrenhandel der Abgg. Borbeck und Molnar kam bereits Donnerstag mit Pistolen zum Austrag. Es wurden bloß ein paar Löcher in die Luft geschossen.

Die Bergarbeiter der Anninaer Bergwerke sind ausständig geworden, nachdem die Direktion ihre Forderungen zu bewilligen abgelehnt hat. Die Zahl der Ausständigen beträgt 3500.

England. Eine Massenversammlung Londoner Bürger, in der gegen die Chamberlainschen Schatzpläne protestirt wurde, fand Mittwoch Abend statt. Es wurde eine Resolution vorgelegt, in der erklärt wird, daß Chamberlains Vorschläge, die einen folgenreicheren Wechsel der Handelspolitik bedeuteten und die Besteuerung der Nahrungsmittel und der Rohmaterialien notwendig machten, die ernste Gefahr für den Handel des Königreichs und für die Wohlfahrt der Volksmassen bildeten; die Versammelten würden daher alle Anstrengungen machen, um diese Vorschläge zu bekämpfen. Esquith begründete die Resolution und griff dabei Chamberlains Vorschläge heftig an. Es sei ganz richtig, führte er aus, daß die Verhältnisse sich seit 1846 geändert hätten; aber sie hätten sich in einer Richtung geändert, die die Argumente zu Gunsten des Freihandels verstärkte. Chamberlains Vorschläge bedeuteten eine unmittelbare Vermehrung von jährlich 8 Millionen Pfund Sterl. für den Nahrungsaufwand des Volkes. Es liege nicht der geringste Grund vor, zu glauben, daß die Kolonien geneigt seien, dem Mutterland irgendwelche wesentlichen Vorteile zu gewähren für die vielen und schweren Opfer, die dieses zu bringen hätte.

Spanien. Der allgemeine Aufstand in Barcelona, der so lange fortgesetzt werden soll, bis die wegen Streikvergehen festgenommenen Landarbeiter wieder in Freiheit gesetzt worden sind, soll am 3. August beginnen.

Kuba. Die neue Republik Kuba hatte bereits, wie aus New York geteilt wird, ihre erste kleine Revolution. Es handelt sich um einen Aufstand bei Bahama in der Provinz Santiago. Nach einem kurzen Kampfe, wobei vier der Anführer getödtet wurden, war die Ruhe wieder hergestellt.

Persien. Opfer des Fanatismus. Der „Times“ zufolge fand am 27. und 28. Juni in Yezd eine Niedermetzelung der fortschrittlichen und mythischen Babisekte statt. Jeder Bab, der der Menge in die Hände fiel, wurde getödtet. Der Gouverneur wurde von der Menge gezwungen, einen Bab mit einer Kanone zu tödten, einem anderen den Hals abzuschneiden zu lassen; dessen Leiche wurde dann durch die Stadt gezogen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 31. Juli 1903.
Zur Wahl eines neuen Senators. Am kommenden Montag findet an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Senators G. A. Behn die Neuwahl eines Kaufmanns in der Senatwahl statt. Der übergroße Theil der Lübecker Bevölkerung stellt dieser Wahl theilnahmslos gegenüber; ihm ist es ganz gleichgültig, wer der jüngste Senator Lübeds wird. Und das ist auch erklärlich. Solange man in Lübeck nicht ein gerechtes Wahlrecht zum Stadtparlament schafft, solange man den größten Theil des werththätigen Volkes durch das Jenuswahlrecht ausschließt von der Mitbestimmung über das Wohl und Wehe unserer Stadt, solange wird auch diese Theilnahmslosigkeit der weitesten Volksschichten gegenüber kommunalen Angelegenheiten, wie z. B. einer Senatswahl, nicht verschwinden. Das wollen ja auch gerade diejenigen, die infolge ihrer Geburt oder ihres durch die Ausbeutung fremder Arbeitskräfte erworbenen Geldsacks das Heft hier in Händen haben. Ihnen ist diese Theilnahmslosigkeit sehr angenehm; nur darf sich dieselbe auf keinen Fall auf die Steuerzahlung erstrecken. Dann könnten selbst diese Herren ungemüthlich werden.
Im kleinsten Birkel des vaterstädtischen Klüngels geht die Senatswahl vor sich. Deshalb ist es auch nahezu ausgeschlossen, hinsichtlich der Personenfrage einigermaßen zutreffende Vermuthungen verlaublich zu lassen. So viel uns bekannt geworden ist, kommen 3 Personen, und zwar der jetzige Wortführer J. S. Coers, der frühere Handelskammerpräsident und stellvertretende Wortführer Kabe und der württembergische Konsul Dimpfer, in Betracht. Herr Kabe, der bekanntlich der Vater der letzten Lohnhöhung der Senatoren war und kürzlich „deforirt“ worden ist, soll die größten Ausichten haben. Nun, uns sowie dem größten Theil der hiesigen Bevölkerung kann es gleichgültig sein, wer 6000 Mk. Senator wird.
Bei dieser Gelegenheit aber möchten wir bemerken, daß unserer Meinung nach die Zahl der Lübecker Senatoren mit Rücksicht auf unsere Finanzlage gerne vermindert werden könnte. Der Senat besteht bekanntlich aus 14 Mitgliedern, von denen 8 dem Gelehrten- und 6 dem Handelsstande angehören. Erstere erhalten 14 000 Mark jährlich, letztere 6000 Mark Jahresgehalt. Es werden also in unserem Staatswesen jährlich 148 000 Mark an Senatsgehältern verausgabt. Nun wird wohl Jeder, der nicht an der Zahl der Senatoren aus irgend einem Grunde persönlich interessiert ist, zugeben, daß 10 Senatoren in Lübeck ausreichen

genug wären. Es könnte dann dem Senat insofern eine Erleichterung geschaffen werden, als man ihm z. B. die Erleichterung der Resturke in Gewerbeschaffen und die Landarmenfragen mehr oder weniger Abnahme und hierfür anderweitige Einrichtungen trafe. Auch nach verschiedenen anderen Richtungen hin könnten Erleichterungen geschaffen werden. Eine Verminderung der Senatorenzahl könnte u. S. auch verhindern, daß im Senat im Widerspruch mit Reichsgesetzen stehende Verbote, z. B. Streikpostenverbot, ausgeklügelt würden. So hätte die Durchführung unseres Vorchlages neben einer Ersparnis von mindestens 10000 Mark pro Jahr noch manches Gute im Gefolge. — Leider ist jedoch wenig Aussicht vorhanden, daß man unseren Vorschlag für diskutabel hält. Hier darf und kann auch angeblickt nicht gepart werden. Wenn der Staatsfiskus bedenkliche Lücken aufweist, dann erhebt man einfach einen Zuschlag zur Einkommensteuer.

Eine Veränderung und Besserung kann und wird hier erst dann eintreten, wenn der gesamten zur Erhaltung des Staatswesens beitragende Bevölkerung nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte eingeräumt werden. Solange das nicht geschieht, solange wird auch nur der Wille einer kleinen Minderheit in Lübeck das höchste Gesetz sein. Deshalb erheben wir anlässlich dieser Senatswahl aufs Neue die Forderungen: Verleihung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Bürgererschaft an alle über 21 Jahre alten Staatsangehörigen; Wahl der Senatoren durch sämtliche Bürger Lübeck's. — Wenn diese Forderungen verwirklicht sind, erst dann wird der Wille des Volkes das höchste Gesetz sein.

Das Gewerbegericht hatte sich gestern mit drei in der letzten Sitzung verlagten Sachen zu beschäftigen, außerdem standen noch zwei neue Klagen an. Die Klage des Holiers A. gegen den Bauunternehmer B. wurde abermals vertagt, weil die Gegenrechnung des Beklagten beim Gericht noch nicht eingegangen war. — Nach Vernehmung des Arbeitgebers abgewiesen wurde die Klage des Monteurs W. gegen den Ingenieur H. Ersterer war ohne Kündigung entlassen worden, weil er den Vertreter seines Arbeitgebers, den er aber nicht als solchen anerkannte, durch die Worte „Sie Hans Dampf in allen Gassen“ beleidigt haben sollte. Der Arbeitgeber erklärte, daß der Beleidigte tatsächlich sein Vertreter sei. — Verglichen wurde die Sache der Bauarbeiter St. und L. gegen den Unternehmer W. auf Zahlung von je 5 Mark, nach dem die Zeugen des Letzteren nicht erschienen waren. Die Handlung es sich bekanntlich um eine Lohn Differenz, welche dadurch entstanden war, daß die beiden Kläger für Erdarbeiten 32 Pfennig Stundenlohn erhielten und sich angeblich hiermit einverstanden erklärt haben sollten. Die beiden Kläger erhielten im Vergleichswege je 2 Mark. — Nach einer Eidesleistung seitens des Beklagten, Gastwirths B., mit seiner Klage abgewiesen wurde der Arbeiter Sch., der nach seiner Angabe vierzehn Tage vor dem Volksfest vom dem Beklagten für dieses festgenommen, jedoch nicht angestellt worden war. Beklagter bestritt unter Eid, den Kläger angenommen resp. 14 Tage vor dem Volksfest mit ihm über seine Anstellung gesprochen zu haben. — Recht langweilig gestaltete sich die Klage des Reijemonteurs K. gegen die Zentral-Anstalt für landwirthschaftliche Maschinen. Für letztere war Direktor Stehler erschienen, der anscheinend das Bestreben hatte, mit allen möglichen Sachen die Verhandlung hinauszuziehen. Er mußte sich aber manchmal eine durchaus angebrachte Zurückweisung seitens des Vorsitzenden gefallen lassen. Der Kläger war am 23. Juli plötzlich entlassen worden, trotzdem vierzehntägige Kündigung bestand. Der Grund wurde darin erblickt, daß er sich den Anordnungen des Direktors nicht gefügt hatte. Er sollte nach Utrecht gehen, machte aber unterwegs in Grönan für die Gesellschaft ein anderes Geschäft. Nachdem der Vorsitzende dem Direktor plausibel gemacht hatte, daß dieses kein Entlassungsgrund sei und ihm einen Vergleichsvorschlag machte, suchte dieser nach neuen Entlassungsgründen, fand aber keine. Nach langer Verhandlung verurtheilte das Gericht die Beklagte zur Wiedereinstellung des Klägers in die Arbeit resp. Zahlung einer Entschädigung von 1200 Mk. Die Urtheilshöhe wurde auf 8 Mk. festgesetzt. (Für die hohe Urtheilshöhe mag sich die Gesellschaft bei ihrem Direktor bedanken. D. Red.)

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschafts-Kartells und der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats ist am Sonnabend, Montag und Dienstag Abends von 8 Uhr ab zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinslokal anwesend.

Aus dem Gerichtssaal. Die Gelegenheitsarbeiter Wi. und W. entwendeten von einem Bauplatz Zink und altes Bauholz. Mit Rücksicht auf ihre Vorstrafen erkaunte die Ferienstrafkammer gegen Wi. auf 6 Monate, gegen W. auf 3 Wochen Gefängnis. — Dem Zigarrenhändler V. entwendete der Dieb B., der kürzlich in Kassel wegen ähnlicher Sachen 2 Jahre Zuchthaus erhielt, Kleidungsstücke, Spartassenbücher, Ringe, Uhrketten und 26 Mark bares Geld. Einschließlich der Kasseler Strafe erhielt er 3 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht. — Ein Schlaumeier ist der häufig vorbestrafte Arbeiter D. Derselbe nahm Zink z., wo er es nur bekommen konnte. So hat er von dem Arbeitsplatz von Meyer 124 Pfd. Zink und einen kupfernen Kessel entwendet. Außerdem nahm er dort ein ganzes Zinkdach mit. Dem Produktenhändler K. entwendete er vom „Tivol“-Abbruchplatz diesem gehörige 11 Pfd. Zink und verkaufte sie mit der ruhigsten Miene von der Welt wieder an K. Von seinem Schicksal ereilt wurde er in der Nacht zum 21. Juni. Er wollte im leerstehenden Hause des Senators Posthof alles überflüssige Metall, Bleirohre der Wasserleitung z., „packen“ und pflü und sang hierbei, um die Vorübergehenden irreführen, aus Leibeskräften. Ein Schuhmann aber nahm ihn fest. Der Sangesbruder

erhielt wegen seiner Straftthaten 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 3 Jahr Ehrverlust. — Dem Frohn Bape entwendete der häufig vorbestrafte Arbeiter K. aus Gr.-Barin 4-5 Pfd. Kohlhaut im Werthe von 6-7 Mark. Urtheil: 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust.

Zwangsvorkaufungen. Am 18. September, 12 Uhr, gelangen die Grundstücke des Wittmeisters a. D. Wertelmeier, belegen Körnerstraße 23 und St. Jürgen Ring 7 und des Arbeiters Müller, belegen Fackelburger Allee 2a, zum gerichtlichen Verkauf.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern 10 1/2 Grad C.

Für den Verkehr gesperrt wird vom 3. August ab wegen Reparaturen die Wallstraße.

Bestätigt. Der von der Gemeindeversammlung in Crummesse zum Mitglied des Gemeindevorstandes wiedergewählte Kleinfährner Böck ist vom Stadt- und Landratte bestätigt worden.

pb. Verachtete Unterbringung. Festgenommen wurde der Knecht eines hiesigen Bäckerei- und Mühlenbesizers, weil er sich des Verachtens der Unterbringung von Pferd und Wagen seines Dienstherrn und der Unterbringung von einfassierten Geldern seines Arbeitgebers schuldig machte.

Schwartau. Durch einen Blitzstrahl wurde gestern Mittag das Gewese des Landmannes und Gastwirths E. Fid zu Groß-Parin total eingeeigert. Die Spritzen der umliegenden Ortschaften leisteten ihr Möglichstes, konnten jedoch die gänzliche Einäscherung des Geweses nicht verhindern. Das Inventar wurde theilweise gerettet.

i. Mülln. Der Sieg unseres Genossen Lesche bei der Reichstagswahl ist allen Ordnungsliebenden und denen, die in Vertrennung ihrer Interessen noch mit diesen halten, in die Glieder gefahren. Deshalb greifen sie zu den kleinlichsten Mitteln, um Rache zu nehmen. Daß man hierbei selbst die armen Frauen, die doch an dem Wahlausfall völlig unschuldig sind, nicht ungeschoren läßt, ist ein charakteristisches Zeichen unserer Zeit. Wie alljährlich, wollten die hiesigen Frauen auch in diesem Jahre wieder Beeren in Sterken pflücken. Als sie nun zum dortigen Förster kamen, um sich einen Schein ausstellen zu lassen, erklärte dieser, sie sollten sich nur von Lesche einen solchen Schein geben lassen. — Weil also die Wähler des 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreises den einzig richtigen Vertreter, einen Sozialdemokraten, gewählt haben, dürfen die Frauen keine Beeren pflücken. Letztere können vielmehr lieber im Walde verkommen, als daß sie vielleicht der Familie eines Sozialdemokraten zu Gute kommen. Durch dieses Vorgehen des ordnungsfreundlichen Försters werden der Sozialdemokratie zweifellos neue Anhänger zugeführt, dafür sorgen nunmehr schon die abgewiesenen Frauen. So erreicht der Förster das gerade Gegenteil von dem, was er mit dieser Maßregel erreichen wollte.

Gremsmühlen. In der Selbstmordaffäre Schindler ist nunmehr amtlich festgestellt, daß die im Diebstahl aufgetauchte weibliche Leiche diejenige der verischwundenen Ehefrau Schindler ist.

Schönberg. Schwere Unglücksfälle. Als in Malzow der Sohn des Hauswirths Meier und ein Kuhführer mit dem Fuhrwerk heimkehrten, wurden die Pferde scheu und gingen durch. Der Wagen wurde bei der Einfahrt der Hofstelle gegen einen steinernen Weiler geschleudert, so daß beide Insassen hinausstürzten; der Kuhführer erlitt so schwere Verletzungen, daß er an den Folgen gestorben ist.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In einer chemischen Fabrik bei Hamburg wurde ein Arbeiter während der Ruhepause durch ausströmendes Leuchtgas vergiftet. — Im Hamburger Hafen wurde ein Maschinenassistent infolge Springens eines Verschlußdeckels durch den herausströmenden Dampf zu Tode verbrüht. — Auf der Straße hier in Hamburg eine Frau um und war eine Leiche. Da der Körper in kurzer Zeit anschwellt, vermuthet man, daß die Frau sich in einer distriken Angelegenheit von einer Person Rath geholt und dann von dieser die todtbringende Einspritzung erhalten hat. Untersuchung ist eingeleitet. — Der in Kiel eingetroffene finnische Dreimastschoner „Glen“ meldet von einer Demerei der Besatzung auf See. Die Meuterer bedrohten den Kapitän Nyland mit dem Tode. Die Hädelstähler, zwei Matrosen, wurden unmittelbar nach dem Einlaufen des Schiffes verhaftet. — Die Milchhändler von Kiel beschloßen die Erhöhung der Milchpreise von 16 auf 18 Pf. pro Liter. So wird das konsumirende Volk von allen Seiten geschröpft. — Am Mittwoch gingen in Mecklenburg schwere Gewitter nieder. In Heinitz bei Wismar scherte der Blitz das Stallgebäude ein, 60 Stück Vieh verbrannten. In Wollwitz (Kreis Demmin) wurde der Kuhhirt auf freiem Felde vom Blitz erschlagen. — Der Hamburger Segler „Matthias“, Kapitän Thöming, sprang auf der Eibe led und wurde in sinkendem Zustande in den Hafen von Brunshütten geschleppt. Das Schiff treibt auf der Ladung, die aus Phippine-Fremter besteht und nach Rendsburg bestimmt ist. Das Schiff lösch die Deckladung.

Hamburg. Zu der Vergiftungs-Affäre bringt das „S. G.“ heute die Mittheilung, daß die Leute nicht drei, sondern nur eine Flasche Gift gefunden hatten. Ferner ist der todtgelegte Naturforscher, der angeblich in einem Schuppen in Wandshof als Leiche vorgefunden sein sollte, glücklicher Weise noch am Leben und wird aller Wahrscheinlichkeit diesem auch erhalten bleiben, denn er fühlt sich wieder ganz wohl. Immerhin hat also diese Affäre drei Menschen das Leben gekostet. Zwei derselben hätten vielleicht gerettet werden können, wenn sofort energig eingegriffen worden wäre. — Rechtsanwalt Dr. jur. Freiherr von Odershausen ist Mittwoch Mittag nach vielmonatlichem qualvollen Leiden verstor-

ben. Dr. v. Odershausen war der Hamburger Arbeiterschaft seit Jahren kein Unbekannter. Einer althannoverschen Adelsfamilie entstammend, war er vor etwa zehn Jahren in den Hamburger Justizdienst eingetreten. Er war zuerst als beauftragter Richter in der Requisitionenabtheilung des Amtsgerichts thätig, kam dann zur Staatsanwaltschaft, wo er sich als öffentlicher Ankläger nicht selten durch die verständige und von Mitgefühl und Lebenskenntnis durchdrungene Auffassung der zur Aburtheilung stehenden Sachen von dem traditionellen, schneidigen Staatsanwaltschaftsstandpunkt unterschied. Es sind mehrfach derartige Fälle mitgetheilt worden, u. A. auch einen, in dem er als Vertreter der Anklage diese selbst einer vernichtenden Kritik unterzog, was ihm damals die schärfste Mißbilligung seiner Vorgesetzten ausging. Er entschloß sich schließlich, aus dem Staatsdienste zu scheiden und sich dem Anwaltsberufe zu widmen. In ausgezeichneter Weise hat er hier die Interessen der Arbeiterschaft vor Gericht vertreten. Bei fast sämtlichen Anklagen, die anlässlich der großen Ausperrungen erhoben worden sind, fungierte der Verstorbenen, der als einer der ersten Kriminalisten Hamburgs galt, als Verteidiger. Dr. v. Odershausen war auch ein vortrefflicher Kenner der nationalökonomischen und der sozialistischen Literatur. Er stand unserer Partei sehr nahe, und noch auf dem Todtenbette war ihm der glänzende Sieg unserer Partei eine große und herzliche Freude, die einzige, die er in der etwa 18 Wochen langen, schweren Krankheit, die in einem Krebsleiden bestand, gehabt hat. Unser Hamburger Parteivorstand dankt ihm außer einigen juristischen Abhandlungen, die er vor einigen Jahren schrieb, manche werthvolle Information. Nun hat ihn der unerbittliche Tod im 38. Lebensjahre ereilt. Die Arbeiterschaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Beste Nachrichten.

Gleiwitz. Bergarbeitertriffo. Der „Oberschl. Wanderer“ meldet: Auf der „Wolfganggrube“ bei Zabrze wurden durch herabfallende Gesteinsmassen 2 Mann getödtet. Beide waren verheiratet.

Breslau. Ein schwerer Unfall ereignete sich Donnerstag Vormittag auf einem Neubau an der Ecke Antonien- und Reußstraße. Durch Bruch einer Zementdecke im 4. Stockwerk wurden zwei Arbeiter in die Tiefe gerissen und verschüttet, ein Dritter, der unten stand, wurde dabei verlegt. Die beiden Abgestürzten wurden schwerverwundet aus den Trümmern hervorgezogen.

Berlin. Ein grauenvolles Drama, bei dem zwei Schwestern ihren Tod fanden, spielte sich Mittwoch Abend kurz nach 10 Uhr in der Lützowstraße 49 vor den Augen einer großen Zuschauermenge ab. Zwei in den vierziger Jahren lebende Schwestern, eine Lehrerin und eine Malerin, stürzten sich aus dem Fenster des dritten Stockes auf das Straßenpflaster hinab, wobei die eine sofort todt liegen blieb, während die andere kurz nach ihrer Einlieferung im Elisabethkrankenhaus ebenfalls ihren Verletzungen erlag.

Eberfeld. Im Wahnsinn entleibete sich Mittwoch Vormittag die 21 Jahre alte Tochter des Schneiders Franz Wessels, begoß ihre Kleider mit Petroleum, steckte sie an und sprang, nachdem sie dabei empfindliche Brandwunden erlitten hatte, nach dem Fenster ihrer im zweiten Stockwerk gelegenen elterlichen Wohnung. Schwer verlegt wurde sie ins Krankenhaus gebracht und dort ist sie gleich darauf gestorben.

Wiesbaden. Kesselerplosion. In der Färberei und Gemischen Waichankast Laufen u. Geberlein explodirte Donnerstag Vormittag ein Dampfkeffel, wodurch ein Großfeuer entstand, das Abends noch wüthete und durch das für einen in der Nähe lagernden Benzinhälter mit 1000 Litern Inhalt Explosionsgefahr bestand. Der Feizer ist schwer verbrannt, ebenso andere Angestellte.

Grünzhausen. Massenvergiftung. Schwer erkrankt sind 13 Personen von den Theilnehmern an einem Hochzeitsmahl in Zusammenheim. Ein Theilnehmer ist bereits gestorben. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Konstanz. Das Schwurgericht verurtheilte nach dreitägiger Verhandlung den Seidenbandweber Gottfried Brenner wegen Mordes, begangen an seiner eigenen Tochter zum Tode, dessen Sohn Fridolin wegen Beihilfe zum Mord bei vermindelter Zurechnungsfähigkeit zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Stuttgart. Typhus-Epidemie. In der Kaserne des 2. Bataillons des Grenadier-Regiments Nr. 19 sind seit Anfang Juli 14 Typhusfälle vorgekommen, die nach einer Mittheilung der Militärbehörde sämtlich einen milden Verlauf genommen haben. Seit dem 17. Juli sind neue Fälle von Typhus nicht mehr eingetreten.

Wien. Die Einriedigungswauer des Wien-Flusses stürzte am Mittwoch zu einem Theile unterhalb der Marger Brücke ein. Der gesammte Verkehr über die Brücke wurde eingekesselt. Obwohl die Abbröckelungen während der Nacht andauerten und die Risse sich vergrößerten, ist keine weitere Gefahr für die Brücke oder das Ufer vorhanden, so daß am Donnerstag die Sperrung wieder aufgehoben wurde.

Budapest. Ein Großfeuer richtete in der Hainauer Fabrik der ungarischen Wagon-Vertheilung erheblichen Schaden an. 20 Wagonladungen Holz, sowie große Magazine und Werkstätten sind abgebrannt.

Safu. Brände im russischen Petroleumrevier. Mittwoch entzünd in den Petroleumwerken ein neuer Brand, wodurch 22 Bohrtürme eingeeigert wurden.

Christiania. Ein großer Orkan im Kattegat richtete 30 Yachten zu Grunde, die zur Regatta bei Narvøed eingetroffen waren. Verluste an Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen an **L. Stapelfeld und Frau,** geb. Rüdman.
Lübeck, den 29. Juli 1903.
Durch die glückliche Geburt eines gesunden kräftigen Knaben wurden erfreut **J. Spindler und Frau,** geb. Sorich.
Zu vermieten ein geräumiges Zimmer, am liebsten an alte Leute. Näheres Gr. Vogelstieg 9, I.
Zu vermieten freundliche Parterre-Wohnung, Preis 165 Mk. Kaiserstraße 1, I. Et.
Zu vermieten eine Wohnung, 3 Zimmer und Zubehör, Rerdinstraße 30.
Wohnung, 3 Zimmer, mit Zubehör, Petri-Kirchhof 1-3. Näheres Postenstr. 23.

Ausschneiden! Mitnehmen!
Jeder
der mir heute Sonnabend diesen Schein beim Einkauf vorlegt, erhält außer Rabattmarken
2 hochfeine Zigarren gratis.
Otto Burckhardt, Bedergrube 24.
Spezialhaus für Margarine, Fett- und Kolonialwaren.
Zu vermieten zum 1. Oktober **Drögestr. 15: Etage (3 Zimmer).**
Ein febl. Logis für einen Mann Al. Alterfahre 6.
Gutes Logis für 2 junge Leute Krähenstraße 12.
1 Sopha u. 4 Stühle b. zu verk. Weiter Logberg 18, part.

Plätterinnen
finden dauernde Beschäftigung. Junge Mädchen erlernen das Plätten
Glockengießerstraße 40.
Gut. bürgerl. Mittag- u. Abendtisch
30 u. 40 Pf. Fran Rieck Ww., Mengst. 42.
Schweinefleisch Pfd. 55 Pf.
Karbonade " 70
Gef. Schinken " 1 M.
Hoh. Schinf. i. Ausfch. " 1
Gef. u. Leberwurst " 60 Pf.
Gef. Mettwurst " 1 M.
W. Strohfeldt,
Glockengießerstraße 73
Marktstraßenrand Nr. 13 und 14.

Der achtkündige Arbeitstag.

Immer mehr kommt das Unternehmertum, soweit es genügend sozialpolitische Einsicht besitzt, ganz von selbst dahinter, daß die Forderung der klassenbewußten Arbeiterschaft auf Einführung des achtkündigen Arbeitstages nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch des Unternehmertums liegt, und daß alle Beteiligten bei derartigen Arbeitseinteilung sehr gut fahren. Ueber einen neuen Fall dieser Art schreibt angeblich ein Arbeiter dem „Berliner Tageblatt“:

„Der Betrieb, um den es sich handelt, ist eine Blechwaarenfabrik im Nordosten Berlins, die ca. 70 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. In dieser Fabrik galt bis 1897 die 9¹/₂stündige Arbeitszeit mit 1¹/₂ Stunden Mittagspause und je einer halben Stunde Frühstück- und Vesperpause. Einschließlich dieser Pausen währte die Arbeitszeit also 12 Stunden, von 7 bis 7 Uhr. Zu bemerken ist, daß die Arbeiter fast durchweg in Akkord arbeiten, nur die Werkführer und die bei der Waarenexpedition beschäftigten Arbeiter sind gegen festen Lohn beschäftigt. Im Jahre 1897 führte der Fabrikant die achtkündige Arbeitszeit ein, und zwar mit der Begründung, daß ihm bei der bisherigen Arbeitszeit zu viel Zeit unnütz vertriebe werde. Die Arbeiter hielten sich schon vor dem Beginn der Pausen Getränke in die Fabrik und dehnten die Pausen auch gern ein bißchen aus. Auch das häufige Zuspätkommen wollte der Fabrikant bei dieser Gelegenheit beseitigen; einerseits nahm er an, die Arbeiter würden bei der kürzeren Arbeitszeit und dem späteren Beginn der Arbeit von selbst pünktlicher sein, andererseits setzte er Strafen für das Zuspätkommen fest, was bis dahin nicht der Fall gewesen war. Die neue Arbeitszeit währte von 8 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags mit einer Stunde Mittagspause. Die Aufnahme, die die neue Einrichtung bei den Arbeitern fand, war zunächst sehr verschieden. Mit Freuden wurde sie nur von den Arbeiterinnen begrüßt, von den jüngeren Mädchen wegen der vermehrten freien Zeit, von den verheirateten Frauen, weil sie mehr Zeit für die Besorgung des Hauswesens erübrigen konnten. Die älteren Arbeiter dagegen waren unzufrieden. Sie erklärten es für unmöglich, in der verkürzten Zeit dasselbe zu leisten wie bisher, das neue System würde zu einer nervenschwächenden Ueberanstrengung führen. Von dem Fortfalle der Frühstück- und Vesperpausen befürchteten sie gesundheitsschädliche Folgen. Der Fabrikant hatte es den Arbeitern freigestellt, während der Arbeitszeit ohne besondere Pause zu essen. Sie erklärten jedoch, bei der kurzen Arbeitszeit dazu keine Zeit zu haben, und vor 8 Uhr zu frühstücken und nach 5 Uhr zu vespern, wären sie nicht gewöhnt, das könnte ihnen deshalb schädlich sein. Ein verheirateter Arbeiter erklärte, er wüßte nicht, was er mit der freien Zeit anfangen solle, und würde nur noch mehr Geld vertragen als bisher. Am meisten von der neuen Arbeitszeit zu fürchten hatten einige Kolonnenführer. In der Fabrik bestand nämlich für einen Teil der Arbeiter das Kolonnenwesen, bei dem ein Vorarbeiter die Arbeiter in Akkord übernimmt, während die ihm unterstellten Arbeiter festen Lohn erhalten, der von dem Akkordverdienst des Vorarbeiters entrichtet wird. Indessen wurde ohne Rücksicht auf diese Bedenken der Achtkundentag eingeführt. Er besteht auch heute noch und zwar zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Ein Rückgang des Verdienstes ist durchaus nicht zu konstatieren. Einem Teil der Arbeiter, die ein Stückchen Land mit Laube gepachtet haben, ist die vermehrte freie Zeit namentlich im Sommer sehr angenehm. Eine Rückkehr zur früheren Arbeitszeit wünscht jetzt niemand mehr. Der Arbeitgeber hat den Vorteil des verminderten Verbrauchs von Lötgas sowie in den Wintermonaten den der Ersparnis an Beleuchtungskosten.“

Nachdem schon so viel günstige Erfahrungen mit dem

Achtkundentage vorliegen, sollte doch das Unternehmertum endlich seinen Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden aufgeben.

Soziales und Partielleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Bei der Firma Heine u. Seifert in Hirschberg (Schl.) ist ein Streik der Metallformer, Metalldreher, Schlosser u. ausgebrochen. — Der Streik bei der Firma Mehlisch in Berlin wurde von den Ausständigen für beendet erklärt. Sämtliche Streikende waren der Meinung, daß nach wochenlangem Ausbleiben eine Weiterführung des Streiks dank der schädigen Haltung der Hirsch-Dunderschen nunmehr zwecklos sei. — In eine allgemeine Lohnbewegung sind die Berliner Fliesenleger eingetreten. Sie verlangen eine Erhöhung des Minimalstundenlohnes von 70 auf 80 Pfennig bei neunstündiger Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit, für Nachtarbeit und Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag. Der Verband der Arbeitgeber der Fliesenleger hat beschlossen, die etwaige Verhängung der Sperre über einzelne Firmen mit einer allgemeinen Aussperrung aller Fliesenleger Berlins zu beantworten. Trotzdem haben die Arbeiter den Unternehmern den neuen Tarif unterbreitet und wollen, falls er bis Freitag nicht bewilligt wird, ihn zunächst mittels partieller Streiks zu erlämpfen suchen. — Der Streik der Steinseher in Dessau ist beendet; sämtliche Entlassenen wurden wieder eingestellt. — In der Kubaimühle zu Gerabach, wegen Maßregelung einiger Müllergehülfen, Differenzen ausgebrochen. Der Grund zur Entlassung der älteren Arbeiter ist ganz richtig; sie sollen über den Werkmeister sich einen Witz zu machen erlaubt haben. Da die Firma hauptsächlich mit Konsumvereinsbäckereien Geschäfte macht, so dürfte die Angelegenheit bald beigelegt sein. — Die Klempner und Installateure in Straßburg i. E. stehen zur Zeit in Lohnbewegung. Da die Meister außerhalb Arbeitskräfte suchen, ist Zuzug von Straßburg fernzuzulassen.

Die Textilarbeiter-Organisation im Vogtlande macht große Fortschritte. Nach einem Bericht des Agitations-Komitees für den Bezirk Crimmitschau hat sich innerhalb der letzten zwei Jahre die Zahl der Angehörigen des Textilarbeiter-Verbandes mehr wie verdoppelt. Sie beträgt zur Zeit in den vogtländischen Orten ca. 12 000. In der angegebenen Zeit haben 32 Lohnbewegungen stattgefunden, von denen 22 zu Streiks führten. Von diesen wurden 20 mit Erfolg beendet.

Ein ungetreuer Haushalter. Der Kassierer des Tapezierer-Verbandes, Leo Schmidt in Berlin, hat Vertreibungen der Verbandsgelder seit Jahren begangen, vermochte bei Revisionen der Kasse aber dadurch, daß er sich Darlehen verschaffte, diese Unterschlagungen zu verdecken. Als ihm das bei der Höhe der Beträge nicht mehr möglich war, stellte er sich selbst der Polizei. Wie es heißt, sollen die Unterschlagungen die Summe von 3000 Mark erreichen.

Die Generalversammlung der Zentralfranken- und Sterbekasse der Tischler, die z. B. in Würzburg stattfindet, beschloß mit 47 gegen 22 Stimmen die Umwandlung der Kasse in eine Zuzustasse.

Dem Dresdener Buchdrucker-Verband ist vom Ministerium des Innern die Rechtsfähigkeit auf Grund des § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erteilt worden. § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuchs lautet: Ein Verein, dessen Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, erlangt in Ermangelung besonderer reichsgesetzlicher Vorschriften Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung.

Der deutsche Verband der Schneider hat mit dem neugegründeten Verband der ungarischen Fachvereine der Schneider einen Gegenseitigkeits-Vertrag abgeschlossen, wonach die Mitglieder der beiderseitigen Organisationen beim

Uebertritt in das Vertragsland die gleichen Anrechte auf Hilfeunterstützung haben, wie die eigenen Verbandsangehörigen. Die Unterstützung geschieht ohne jede gegenseitige Abrechnung.

Ein soziales Schattenbild traurigster Art entrollt die „Lothr. Volkszt.“: Bettelarm, abgezehrt und schwer erkrankt wurde die Wittve Gerard von der Montigny er Polizei ins Spital Bonsecours gebracht. Die arme Frau konnte keine Wohnung finden und suchte daher mit ihren drei armen Kindern Unterkunft im nahen Walde. Dort wohnte die Arme schon seit drei Monaten in Gottes freier Natur und ihr ganzer Haushalt bestand in einem alten Kessel, worin sie im Walde ihre Nahrung kochte. Während der Nacht kam sie in eine nahe gelegene alte, halberfallene Scheune, um dort gegen die nasse Witterung mit ihren Kindern einigen Schutz zu finden. Infolge dieses kümmerlichen Daseins ist die arme Frau schwer erkrankt, und es wird an ihrem Aufkommen gezweifelt. Die Kinder sind in St. Nikolaus untergebracht. — Und trotzdem leben wir in der „besten der Welten!“

Größe Meinungsdivergenzen sind unter den italienischen Sozialisten ausgebrochen; sie haben sich in die Lager der Intransigenten und der Reformierten geteilt. Die römischen Sozialisten, die überwiegend intransigant sind, haben den Führer der Reformierten Turati-Mailand aus der Partei ausgeschlossen.

Der Markenerlöses der deutschen Invaliden-Versicherung hat im zweiten Vierteljahre des laufenden Kalenderjahres 1903 eine, wenn auch nicht so erhebliche Steigerung, wie im vorhergehenden Vierteljahre erfahren. Nach der Aufstellung der „Arbeitsmarkt Korrespondenz“ betrug die Einnahme für den Marktenverkauf in den Monaten April, Mai und Juni an den 31 Versicherungsanstalten des Deutschen Reiches zusammengenommen 32 750 000 Mark gegen 31 842 000 Mark in den entsprechenden Monaten des Vorjahres und 30 134 000 Mark im Jahre 1901. Im Vergleich zum ersten Vierteljahre ist diesmal ein erheblicher Unterschied festzustellen. Während in dem ersten Vierteljahre bei allen 31 Anstalten bis auf eine einzige (Großherzogtum Hessen) die Steigerung zu bemerken war, sind diesmal nur 23 Anstalten daran beteiligt, dagegen haben 8 eine Abnahme zu verzeichnen. Diese ist besonders auffallend für Mecklenburg und beträgt 12 000 Mark gegen 53 000 Mark Zunahme im Vorjahre; demnach kommen Schwaben und Neuburg, Ostpreußen, Pommern, Großherzogtum Hessen, Braunschweig und Oberpfalz, mit einer kleinen Abnahme die Rheinprovinz. Auch im Vorjahre hatten alle Anstalten bis auf eine (Schwaben und Neuburg) eine Steigerung zu verzeichnen. Die Abnahme tritt durchweg in Bezirken mit landwirtschaftlichem Betriebe zu Tage, und zwar in einer Jahreszeit, da die landwirtschaftliche Beschäftigung ihren Höhepunkt erreicht. Dagegen ist von Bezirken mit stark entwickelter Industrie nur die Rheinprovinz, und diese ganz gering an der Abnahme beteiligt. Wenngleich immer wieder gewarnt werden muß, aus dem Markenerlöses der Invalidenversicherung allein Rückschlüsse auf eine günstige Lage des Arbeitsmarktes zu ziehen, so ist doch im Zusammenhange mit der sonst vorliegenden Anzeichen aus dem Umfange, daß trotz der auffälligen Schwankungen im einzelnen das Gesamt-Ergebnis des Markenerlöses auch in diesem Vierteljahre wieder eine Mehrerinnahme aufweist, auf eine stetig sich bessernde Lage des Arbeitsmarktes zu schließen.

Der Ueberfall in Harber. Vor der Strafkammer in Hildesheim hatten sich am Dienstag die Genossen Karl Heise, August Künneke, Franz Kurawsky, Herm. Schach, August Drenszik, Emil Kahnt und Friedr. Heise wegen Hausfriedensbruch, Unzucht, Verleumdung, Sachbeschädigung bezw. Verübung groben Unfugs zu verantworten. Der Anklage lag folgender Vorgang zu Grunde: Mehrere Genossen, darunter die Angeklagten, hatten am Sonntag, den 7. Juni d. Js., Flugblätter im 14. hannoverschen Wahlkreise verbreitet. Von der Arbeit ermüdet,

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

78 Fortsetzung.

Immer mehr Leute hatten sich indessen in das Haus gedrängt; denn was sieht das Publikum lieber, als eine Prügelei mit späterer Abführung der Beteiligten durch die Polizei, die gerade so dazu gehört, wie die Verköpfung von zwei verliebten Paaren am Ende eines Lustspiels.

„Meine Herren,“ sagte der Diener der öffentlichen Sicherheit zu den Eindringenden mit jener Hochachtung, die er stets Leuten gegenüber beobachtete, gegen welche „noch nichts Gravirendes bekannt geworden“, „sien Sie so gut und gehen Sie nach Hause; Sie sehen, es ist Alles vorüber. Bitte, machen Sie Platz, es kann ja kein Mensch durch.“

Die Leute gaben langsam Raum; aber Doktor Strohwich brauchte noch einige Zeit, um seine sehr derangirte Toilette etwas in Ordnung zu bringen. Er wollte auch noch Schwierigkeiten machen, mit einem Polizeidiener am hellen Tag durch die Straßen zu gehen, aber es half ihm nichts. Der Mann des Gesetzes blieb unerbittlich wie das Gesetz selber, und wenige Minuten später expedirte der würdige Beamte die beiden Uebelthäter zum innigen Vergnügen einer Anzahl zerlumpte und anständig gekleideter Straßenjungen nach dem Rathhaus hin.

Die Straße herab kam Graf Rottack. Er sah ernst und angegriffen aus, und als er dem Menschenknecht begegnete, wollte er oben, vor der Berührung damit zurückweichen; nach der andern Seite der Straße hinüberbiegen, als sein Blick auf Jeremias fiel und er erstaunt und verwundert stehen blieb.

„Aber, Jeremias, um Gottes willen, was haben Sie denn gemacht? Was ist vorgefallen?“

„Nur eine Kleinigkeit, Herr Graf,“ lächelte der kleine Mann, aber doch etwas verlegen, in solcher Gesellschaft

gerade von ihm betroffen zu werden; „ich und der Herr da gerieten ein wenig aneinander.“

„Ich leiste Bürgschaft für den Herrn,“ sagte Felix zu dem Gerichtsdiener; „mein Name ist Graf Rottack.“

„Thut mir leid, Herr Graf,“ erwiderte der Mann ruhig, „das hier nicht annehmen zu können. Meine Pflicht ist, die beiden Männer auf's Rathhaus hinauszuführen und die Anzeige zu machen. Dort notirt dann der Herr Aktuar den Fall, und wenn Sie mit hinausgehen, so hat es nicht die geringste Schwierigkeit, daß der Gefangene augenblicklich auf freien Fuß kommt.“

„Schön.“

„Aber, bester Herr Graf!“

„Gehen Sie nur voran,“ lächelte dieser, „denn eskortiren möchte ich mich nicht gern lassen; ich folge Ihnen aber augenblicklich.“

Er zog sich zurück, denn einige der Zuschauer, die vielleicht gehofft hatten, daß irgend ein gewaltthames Einschreiten oder sonst ein amüsanter Zwischenfall eintreten könne, preschten näher. Das Rathhaus war nicht weit entfernt, und nachdem die beiden Feinde, nicht gerade zur Erbauung des ziemlich böse zugerichteten „Doktors“, noch eine Weile in dem Vorjaal hatten warten müssen, da gerade ein Dienstmädchen wegen verjuchten Diebstahls verhört wurde, kamen sie endlich vor.

Die Verhandlung war übrigens eine kurze; Jeremias, der vorher seinen Vor- und Nachnamen wie überhaupt eine kurze Lebensbiographie zu Protokoll geben und erklären mußte, daß er noch nie vor Gericht gestanden, leugnete nicht, den Doktor Strohwich zuerst angefaßt und geprügelt zu haben, und da Graf Rottack jetzt ebenfalls vorgelassen wurde und erklärte, Bürgschaft für das Erscheinen des Herrn vor Gericht leisten zu wollen, so wurde der Delinquent entlassen.

Der Doktor, eine allbekannte Persönlichkeit in Hatzburg, blieb noch oben, um seine Klage gegen den Ueberfall zu formuliren und gleich ausnehmen zu lassen.

„Aber nun sagen Sie mir um Gottes willen, Jeremias,“

rief Rottack, als sie wieder zusammen auf der Straße waren, „was hat Sie denn zu einem solchen Gewaltstreich bringen können? Wir sind doch hier nicht mehr in Brasilien!“

„Mein lieber Herr Graf,“ sagte der kleine Mann und schämte sich jetzt ein wenig der Rolle, die er gespielt, „Sie haben Recht — ich hätte's nicht thun sollen, aber die Galle ließ mich über. Der Mensch war ein Rezensent, und — da hab' ich noch einmal den Hausknecht herangezogen; aber ich verspreche es Ihnen, es soll zum letzten Mal geschehen sein, denn ich darf Ihnen doch keine Schande machen!“

„Und was, beim Himmel, haben Sie mit den Rezensenten zu thun?“ lachte Graf Rottack.

„Das ist weitläufig, das erzähle ich Ihnen ein andermal. Und wie geht es der Frau Gräfin?“

„Sie ist unwohl,“ seufzte Felix; „maches Leid verwanter Freunde hat sie tief betroffen und angegriffen. Aber von Ihnen selber weiß ich gar nichts weiter, seit wir uns bei jenem Fräulein — wie hieß sie doch gleich?“

„Basil!“

„Ja, ganz recht — bei jenem Fräulein gesehen. Haben Sie Frieden mit Ihrer Familie geschlossen? Sie hätten uns wohl einmal, als alten Freunden, Nachricht geben können.“

„Ich gestehe, daß ich wie ein schlechter Kerl gehandelt habe,“ rief Jeremias; „aber erstens wußte ich nicht, ob ich Ihnen recht kam, und dann hab' ich die Zeit über so viel zu thun gehabt. Aber Gott sei Dank, es geht Alles recht gut, und wenn Sie es mir erlauben, so komme ich einmal in diesen Tagen und Rette ausführlichen Bericht ab.“

„Das soll ein Wort sein, Jeremias,“ sagte Graf Rottack, ihm die Hand reichend. „Glauben Sie mir, wir haben die alten Freunde noch nicht vergessen und viel zu wenig neue gefunden, um sie entbehren zu können.“

„Lieber Herr Graf,“

„Auf Wiedersehen, Jeremias!“ Und Graf Rottack schritt, tief aufseufzend, die Straße hinab.

